

Zusammenfassende Erklärung gem. § 10a BauGB

Gemeinde:	Berg im Gau
Bauleitplanung:	vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Schornhof III“
Endfassung vom	01.10.2025

1. Anlass der Planaufstellung:

Der Gemeinde Berg im Gau liegt ein Antrag der Firma Anumar Solar GmbH vor, auf den Flurstücken Fl.-Nr. 2586/3, 2587, 2587/2, 2593, 2593/2, 2594, 2594/2, 2595, 2595/2, 2595/3, 2595/4, 2595/5, 2595/6, 2596, 2596/2, 2596/3, 2597, 2597/2, 2597/3, 2599/3 (TF), 2599/5, 2599/6, 2599/8, 2599/9, 2599/10, 2599/11, 2599/12, 2599/13, 2599/14, 2599/15, 2599/21, 2599/22, 2599/24, 2599/26, 2599/29, 2599/30, 2599/31, 2599/32, 2599/33, 2599/34, 2599/35, 2599/36, 2599/37, 2599/38, 2599/41, 2599/42, 2599/44, 2599/45, 2599/46, 2599/59, 2599/60, 2599/61, 2599/63, 2615/6, 2615/8, 2615/9, 2615/10, 2615/11, 2615/13, 2615/14, 2615/15, 2615/16, 2615/19, 2615/20, 2789/5 (TF), 2789/6, 2789/7, 2789/10, 2790 (TF), 2791 (TF), 2792 (TF), 3109, 3110, 3111, 3112, 3112/2, 3112/3, 3112/4, 3112/5, 3112/6, 3113, 3114, 3115, 3116, 3122 (TF) Gmkg. Berg im Gau, auf landwirtschaftlichen Flächen östlich von Berg im Gau eine Freiflächenphotovoltaikanlage zu errichten. Die Gemeinde Berg im Gau plant die Ausweisung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Schornhof III“ gemäß § 9 BauGB in diesem Bereich zur Deckung des Bedarfs an Flächen zur Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaik).

Nach der Baunutzungsverordnung (BauNVO) sind solche Anlagen in Sonstigen Sondergebieten (§11 BauNVO) zulässig. Der Bebauungsplan setzt ein solches Sondergebiet für die Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung fest und schafft damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Vorhabens.

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Berg im Gau wird im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB geändert. Somit entwickelt sich der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan. Der B-Plan ist unter der Voraussetzung, dass die Änderung des FNP im Vorfeld genehmigt wird, nicht genehmigungspflichtig. Der Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Schornhof III“ kann nach Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung durch öffentliche Bekanntmachung in Kraft gesetzt werden.

Die Nutzung erneuerbarer Energien trägt wesentlich zum Klimaschutz bei. Durch die Nutzung von Sonnenstrom wird kein klimaschädliches CO₂ produziert und gleichzeitig werden wertvolle Ressourcen geschont. Des Weiteren stärkt der Ausbau der dezentralen Energieversorgung die regionale Wertschöpfung und unterstützt damit den ländlichen Raum nachhaltig. Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7f BauGB ist die Nutzung erneuerbarer Energien in den Bauleitplänen besonders zu berücksichtigen.

Die Laufzeit des Bebauungsplans wird gem. § 9 Abs. 2 BauGB zeitlich befristet: bis 31.12.2059 ist die Photovoltaikanlage wieder zurückzubauen. Als Folgenutzung gilt wieder - entsprechend dem Ausgangszustand vor dieser Sondernutzung - die planungsrechtliche Situation als landwirtschaftliche Nutzfläche.

Der Rückbau wird mittels Durchführungsvertrag geregelt.

2. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange

Die einzelnen Umweltbelange sind maßgeblich im Zuge der Umweltprüfung nach §2 Abs. 4 BauGB ermittelt worden. Die Ergebnisse dieser Prüfung wurden im Umweltbericht dargelegt. Dieser liegt der Bauleitplanung bei.

Im Untersuchungsgebiet befinden sich keine naturschutzrechtlichen Schutzgebiete oder geschützten Biotope. Auf die natürlichen Schutzgüter hat die Planung insgesamt nur geringe Auswirkungen aufgrund der bereits bestehenden Vorbelastungen im Vorhabengebiet.

Die konkrete Abarbeitung der Eingriffs-Ausgleichs-Regelung erfolgt auf Ebene des Bebauungsplans entsprechend des Leitfadens „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ von 2021 in Verbindung mit dem Hinweispapier „Bau- und landesplanerische Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vom 10.12.2021.

Die im Umweltbericht empfohlenen Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minimierung und zum Ausgleich der erheblichen Umweltauswirkungen wurden nach Abwägung aller Belange in den Bauleitplan aufgenommen.

Schutzgut Boden

Da der Boden nicht vermehrbar ist, erhebliche Schädigungen des Bodens irreversibel sind und zudem ein enger Zusammenhang zu den übrigen abiotischen Schutzgütern besteht, steht bei der Prüfung der Auswirkungen der Vermeidungs- und Verminderungsaspekt im Vordergrund. Hierbei geht es insbesondere um eine Begrenzung des Flächenverbrauchs; Wiedernutzung bereits baulich genutzter Flächen; Schutz des Bodens und seiner Funktionen vor Stoffeinträgen und/oder Verdichtung.

Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser ist für den Menschen lebensnotwendig; ohne Wasser bzw. mit verunreinigtem Wasser ist kein Leben möglich. Angesichts der Verflechtungen mit den anderen Schutzgütern wie dem Boden steht das Verschlechterungsverbot von Grundwasserkörpern und der Erhalt natürlicher Gewässer im Vordergrund.

Schutzgut Luft/Klima

Neben Aussagen zu den Emissionen klimawirksamer Gase wie CO₂ etc. als Folge von ermöglichten Vorhaben sind auch Fragen zur Erhöhung der Lufttemperatur, zur Verringerung der relativen Luftfeuchte, zur Veränderung des Windfeldes oder zur Erhöhung von Turbulenzen zu beantworten.

Durch den Kontext zum Immissionsschutzrecht besitzt das Schutzgut Luft einen zusätzlichen Schutz durch das Verursacherprinzip. In der Bauleitplanung sind die allgemeinen Veränderungen durch Emittenten wie Haushalte, Verkehr, Gewerbe etc. zu beurteilen. Es sind Handlungskonzepte für eine Verringerung der Emissionen von Schadstoffen und/oder Gerüchen zu entwickeln.

Schutzgut Tiere und Pflanzen

Aufgrund der langen Tradition des Naturschutzrechts sind Tiere und Pflanzen bei der Auseinandersetzung mit der Umwelt besonders im Bewusstsein verankert. Es geht darüber hinaus aber auch um den Artenschutz und die Belange von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung (Natura 2000). Dies betrifft auch die Erhaltungsziele und den Schutzzwecken von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung wie der europäischen Vogelschutzgebiete sowie der Naturschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie.

Schutzgut Mensch

Hierbei sind insbesondere zu betrachten, inwieweit schädliche Umwelteinwirkungen vorhanden sind und welche Auswirkungen durch die Aufstellung eines Bauleitplans zu erwarten sind. Entscheidenden Einfluss auf die Lebensqualität des Menschen haben die Wohn- und Wohnumfeldfunktion sowie Erholungs- und Freizeitfunktionen. Das Schutzgut Mensch steht in enger Wechselbeziehung zu den übrigen Schutzgütern, vor allem zu denen des Naturhaushaltes.

Schutzgut Landschaft

Die Landschaft wird häufig in enger Anlehnung an Tiere und Pflanzen beschrieben. Bestimmte Biotoptypen prägen auch bestimmte Landschaftsbildräume. Der Begriff der Landschaft ist synonym zum Begriff Landschaftsbild zu sehen und beschreibt damit einen sinnlich wahrnehmbaren Landschaftsausschnitt. Beurteilt werden unter anderem Vielfalt, Schönheit, Eigenart und Seltenheit der Landschaft.

Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter

Es ist bisher kaum ins Bewusstsein gedrungen, dass Kulturgüter üblicherweise unwiederbringlich sind und bei ihrer Entfernung dauerhaft verschwinden. Baudenkmäler, archäologische Fundstellen, Bodendenkmale, Böden mit Funktionen als Archiv für Natur- und Kulturgeschichte stellen einen eigenen durchaus prüffähigen Wert dar.

Zusammenfassung der Umweltprüfung

Die Umweltprüfung bewertet die Auswirkungen der Planung überwiegend als gering erheblich. Für die Schutzgüter Boden, Wasser, Luft/Klima, Mensch sowie Tiere und Pflanzen verbleiben nach Umsetzung der vorgesehenen Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen keine erheblichen Beeinträchtigungen. Für das Schutzgut Landschaftsbild werden mittel erhebliche Auswirkungen festgestellt, die durch landschaftspflegerische Maßnahmen (Eingrünung, Hecken, Altgrasstreifen) sowie zusätzliche Blendschutzmaßnahmen entlang der Kreisstraße ND 21 auf ein vertretbares Maß reduziert werden.

Es sind keine Natura-2000-Gebiete oder kartierte Biotope direkt betroffen; artenschutzrechtliche Belange (v. a. Bodenbrüter) werden durch vorgezogene CEF-Maßnahmen berücksichtigt. Dauerhafte Versiegelungen beschränken sich auf Technikflächen, die Gesamtfläche bleibt nach Rückbau wieder nutzbar.

Im Plangebiet befindet sich ein Bodendenkmal (D-1-7333-0031 „Siedlung vorgeschichtlicher Zeitstellung“) sowie weitere Denkmäler im Umfeld. Für Bodeneingriffe ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis nach Art. 7 BayDSchG erforderlich; Funde sind gemäß Art. 8 BayDSchG zu melden.

In der Gesamtbewertung wird festgestellt, dass nach Durchführung aller vorgesehenen Maßnahmen keine erheblichen Umweltauswirkungen verbleiben und die ökologische Funktionsfähigkeit des Landschaftsraumes erhalten bleibt.

3. Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

- a) Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bauleitplan – Vorentwurf in der Fassung vom 25.06.2024 hat in der Zeit vom 22.07.2024 bis 23.08.2024 stattgefunden (§3 Abs. 1 BauGB)
- b) Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Bauleitplan – Vorentwurf in der Fassung vom 25.06.2024 hat in der Zeit vom 22.07.2024 bis 23.08.2024 stattgefunden (§4 Abs. 1 BauGB)
- c) Die öffentliche Auslegung des gebilligten Bauleitplan – Entwurfs in der Fassung vom 19.11.2024 hat in der Zeit vom 19.12.2024 bis 03.02.2025 stattgefunden (§3 Abs. 2 BauGB)
- d) Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Bauleitplan – Entwurf in der Fassung vom 19.11.2024 hat in der Zeit vom 19.12.2024 bis 03.02.2025 stattgefunden (§4 Abs. 2 BauGB)
- e) Die erneute, verkürzte öffentliche Auslegung des gebilligten geänderten Bauleitplan–Entwurfs in der Fassung vom 22.07.2025 hat in der Zeit vom 07.08.2025 bis 10.09.2025 stattgefunden (§3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB).
- f) Die erneute, verkürzte Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum geänderten Bauleitplan–Entwurf in der Fassung vom 22.07.2025 hat in der Zeit vom 07.08.2025 bis 10.09.2025 stattgefunden (§4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB).

Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden wurden laut den in der Beschlussvorlagen niedergelegten Abwägungsvorschlägen geprüft.

Die Öffentlichkeit sowie die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, welche Hinweise, Anregungen und Forderungen vorgetragen haben, wurden von diesem Ergebnis unter Angabe von Gründen in Kenntnis gesetzt.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach §3 Abs. 1 und 2 BauGB wurden insbesondere auch die Hinweise, Anregungen und Forderungen aus den Stellungnahmen der Bürger berücksichtigt.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach §4 Abs. 1 und 2 BauGB wurden insbesondere die Hinweise, Anregungen und Forderungen aus den Stellungnahmen folgender Fachstellen berücksichtigt:

Beteiligung nach §4 Abs. 1 BauGB	Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
LRA Neuburg-Schrobenhausen – SG 3/30	LRA Neuburg-Schrobenhausen – SG 3/30
LRA Neuburg-Schrobenhausen – Hoch- und Tiefbau	LRA Neuburg-Schrobenhausen – Hoch- und Tiefbau
LRA Neuburg-Schrobenhausen – Untere Immissionsschutzbehörde	LRA Neuburg-Schrobenhausen - Ortsplanung
LRA Neuburg-Schrobenhausen - Klimaschutz	Regierung von Oberbayern – Höhere Landesplanung
LRA Neuburg-Schrobenhausen - Naturschutz	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
LRA Neuburg-Schrobenhausen - Ortsplanung	AELF Ingolstadt-Pfaffenhofen
Regierung von Oberbayern – Höhere Landesplanung	Bayerischer Bauernverband
Regierung von Oberbayern - Regionsbeauftragter	Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt
Planungsverband Region Ingolstadt	Donaumoos Zweckverband
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege	Bayernwerk Netz
AELF Ingolstadt-Pfaffenhofen	Wasserverbände Donaumoos
Bayerischer Bauernverband	WZV Arnbachgruppe
Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt	LBV Bezirksgeschäftsstelle Oberbayern
Donaumoos Zweckverband	Privat B
Bayernwerk Netz	
Privat A	
Privat B	
Privat C	

Beteiligung nach §4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB
Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, Sachgebiet 30
Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, Ortsplanung
Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, Hoch- und Tiefbau
Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, Untere Naturschutzbehörde
Regierung von Oberbayern
Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
Bayernwerk
AELF
Energienetz Bayern
bayernets
Bürger A

Belange der Raumplanung:

Regierung von Oberbayern: Die Planung steht den Erfordernissen der Raumordnung nicht entgegen; Vorhaben wird im Hinblick auf Klimaschutz und Ausbau erneuerbarer Energien begrüßt.

Empfehlung: PV-Anlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten; Gebiet gilt als vorbelastet durch bestehende Solarparks und 110-kV-Leitung.

Hinweis: Prüfung eines Raumordnungsverfahrens bei zusammenhängenden Flächen >200 ha wurde angeregt, aber nicht erforderlich befunden.

Landwirtschaftliche Belange:

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Hohe Betroffenheit durch Flächenverlust (ca. 67 ha, zusammen mit Schornhof I+II ca. 270 ha).

Bedenken: Existenzgefährdung mehrerer Betriebe, steigende Pachtpreise, fehlende Ausweichflächen.

Forderungen:

Prüfung von Agri-PV zur teilweisen Weiternutzung.

Vertragliche Sicherung des Rückbaus und Wiederherstellung landwirtschaftlicher Nutzung.

Schonender Umgang mit Mutterboden, Vermeidung von Verdichtung.

Zufahrten zu angrenzenden Flächen müssen jederzeit gewährleistet bleiben.

Randbepflanzung darf keine Ertragseinbußen verursachen

Ergebnis: Belange wurden abgewogen, Rückbau und landwirtschaftliche Folgenutzung sind planrechtlich und vertraglich gesichert.

Forstwirtschaftliche Belange:

Hinweis: Abstand zu angrenzenden Waldbeständen einhalten (mindestens eine Baumlänge), um Schäden durch Baumwurf zu vermeiden.

Keine weiteren forstfachlichen Einwände.

Naturschutz- und Landschaftspflege:

Untere Naturschutzbehörde:

Einverständnis mit der Planung, aber Artenschutzregelungen zunächst unzureichend.

CEF-Maßnahmen für Offenlandarten (Rebhuhn, Feldlerche, Wiesenschafstelze) vor Baubeginn umsetzen und mit Baubeginn wirksam halten.

Forderung nach ökologischer Baubegleitung während der Bauphase.

Ergebnis: Maßnahmen zur Eingrünung und zum Artenschutz sind verbindlich festgesetzt; Forderung nach ökologischer Baubegleitung wird umgesetzt.

Weitere vorgebrachte Belange:

Bodendenkmal: Im Plangebiet liegt Bodendenkmal D-1-7333-0031 „Siedlung vorgeschichtlicher Zeitstellung“.

Für Bodeneingriffe ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis nach Art. 7 BayDSchG erforderlich; Meldepflicht nach Art. 8 BayDSchG.

Hinweis auf mögliche weitere Bodendenkmäler; Eingriffe auf das notwendige Mindestmaß beschränken.

Technische Infrastruktur:

Bayernwerk: Leitungsschutzzone (25 m beiderseits der 110-kV-Leitung) beachten; Trafostationen außerhalb der Schutzzone; Zugang zu Masten sicherstellen.

Wasserwirtschaft:

Breitflächige Versickerung des Niederschlagswassers; Bodenschutzkonzept nach DIN 19639; Drainagen reversibel unwirksam machen.

Immissionsschutz:

Blendgutachten bestätigt Notwendigkeit von Blendschutzmaßnahmen; Hecken allein nicht ausreichend.

4. Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Innerhalb des sich aus den genannten Vorgaben ergebenden Suchraumes sind Standorte mit guten Voraussetzungen zur Einbindung in das Landschaftsbild sowie einer guten Anbindung an das Stromnetz zu bevorzugen. Als Suchraum für potenzielle Standorte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind demnach die Acker- und Grünlandflächen mit Vorbelastung, ohne besonderen Wert für das Landschaftsbild und guten Anbindungsmöglichkeiten an das Stromnetz heranzuziehen, für die keine anderweitigen Ausschlusskriterien vorliegen.

Innerhalb des Stadtgebietes stellt sich die Situation folgenderweise dar:

Die vorliegende Planung befindet sich auf einer landwirtschaftlichen Fläche im benachteiligten Gebiet ist durch ihre Lage und den Bestand im Planungsbereich (Vorbelastungen für das Landschaftsbild durch den direkten Anschluss an weitere Solarparks, überspannte Freileitung) für eine landschafts-schonende Planung geeignet. Die Fläche ist für eine rentable Nutzung als Photovoltaikanlage gut geeignet.

Gemäß Landesentwicklungsprogramm (LEP 6.2.3 (G)) sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen bevorzugt in vorbelasteten Gebieten geplant werden. Nach der Novellierung des EEG aus dem Jahre 2021 können Freiflächenanlagen gefördert werden, wenn sich die Anlage auf Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung, entlang von Autobahnen oder Schienenwegen in einem Korridor von 200 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, wobei innerhalb dieses Korridors ein mindestens 15 m breiter Korridor freigehalten werden soll. Versiegelte Flächen oder Konversionsflächen sind im Gemeindegebiet der Gemeinde Berg im Gau in der gewünschten Größenordnung aktuell nicht verfügbar. Eine Autobahn oder Bahnlinie sind im Gemeindegebiet der Gemeinde Berg im Gau nicht vorhanden.

Zusätzlich sieht das EEG die Förderung von Freiflächenphotovoltaikanlagen über 750 kW auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten vor, wenn die Bundesländer eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen. Das Bundesland Bayern hat am 7. März 2017 mit der Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Das Gemeindegebiet Berg im Gau fällt vollständig in diese Förderkulisse.

Des Weiteren ist der beanspruchte Landschaftsausschnitt durch die Nähe zweier Solarparks neben der Vorhabenfläche anthropogen geprägt. Die Anlage kann durch die nahe gelegenen Wald- und Gehölzbestände, sowie durch die auf Ebene des Bebauungsplanes festgesetzten Eingrünung visuell abgeschirmt und in den Landschaftsraum eingebunden werden. Die Planung ist demnach durch ihre Lage und den Bestand im Planungsbereich mit den Belangen des Landschaftsschutzes und -bildes vereinbar.

Da die Photovoltaikanlage nach Beendigung der Nutzung vollständig rückzubauen sind, stehen die Flächen damit für bisherige oder anderweitige Nutzungen zur Verfügung. Die Flächen sind für eine rentable Nutzung als Photovoltaikanlage gut geeignet.

Aufgestellt:

.....

Ort, Datum

.....

Bürgermeister

(Siegel)

